

Reiner Tosstorff

DIE ZIMMERWALDER BEWEGUNG

In der Einleitung zu ihrer Geschichte der Zimmerwalder Bewegung schreibt Angelica Balabanoff, die die zentrale Organisatorin der Bewegung und Sekretärin ihrer Internationalen Sozialistischen Kommission war: Insofern es im Ersten Weltkrieg eine sozialistische Internationale gegeben hat, wurde sie allein von der Zimmerwalder Bewegung repräsentiert.¹ Während die offiziellen Strukturen der Zweiten Internationale vor allem zu Beginn des Krieges eine Politik verfolgten, wonach die Internationale nur eine Angelegenheit der Friedenszeit sei, faktisch allerdings sich auf eine Kriegseite, die Entente, stellten, war es allein die von der Konferenz in Zimmerwald ausgehende Bewegung, die die KriegsgegnerInnen aller Nationalitäten vereinigte und über das gegenseitige Abschlachten hinaus eine Perspektive wies, um die Ziele der internationalen Arbeiterbewegung zu retten.

Auf ihren Kongressen in Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) hatte die Internationale die Kriegsgefahr in Europa als Ausdruck des Militarismus und Imperialismus definiert und sich zum entschiedenen Kampf dagegen verpflichtet. Dazu sollten alle Mittel eingesetzt werden. Auch vom Generalstreik war die Rede, gegen dessen Propagierung bezeichnenderweise insbesondere aus Deutschland heftiger Widerspruch kam. Eine Konkretisierung dieser Pläne sollte auf dem für das Jahr 1914 einzuberufenden Kongress stattfinden. Zuvor war 1912, als der Balkankrieg der Anrainerstaaten mit dem osmanischen Reich und anschließend untereinander Europa zum ersten Mal in den kriegerischen Abgrund zu stürzen drohte, ein Sonderkongress nach Basel einberufen worden, der eine beeindruckende «Heerschau» der internationalen Sozialdemokratie darzustellen schien. Gegen die sie tragenden Millionenmassen schien ein Krieg gar nicht durchsetzbar zu sein.

1 Vgl. Balabanoff, Angelica: Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919, Leipzig 1928, S. 4.

Nach dem Attentat in Sarajevo am 28. Juni 1914 auf den österreichischen Thronfolger hatte allerdings zunächst auch die internationale Sozialdemokratie nicht realisiert, was daraus zu entstehen drohte, welche Bündnisabsprachen gleichsam automatisch und unaufhaltsam die Maschinerie für den Krieg in Bewegung setzten. Die Vorbereitungen für den geplanten Kongress in Wien liefen weiter, ohne dass besondere Dringlichkeit verspürt wurde. Noch Mitte Juli fand am Sitz des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB) – dem Führungsgremium der Internationale – in Brüssel eine spezielle Beratung zur Lösung des Fraktionskampfes innerhalb der vielfach zersplitterten russischen Sozialdemokratie statt. Fast gleichzeitig trat ein Parteitag der französischen Sozialisten zusammen, auf dem über das Hin und Her der Generalstreiklösung debattiert wurde. Doch als das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli bekannt wurde, war schlagartig klar, dass es diesmal ernst werden würde.

Am 29./30. Juli wurden eilig die VertreterInnen der wichtigsten Parteien erneut nach Brüssel gerufen, um über die Lage zu beraten. Während in vielen Ländern Parteien und Gewerkschaften große Friedensdemonstrationen organisierten, blieb die Stimmung auf diesem Treffen merkwürdig unkonkret. Man vermeinte, noch ausreichend Zeit zu haben, da keine Regierung den Krieg wirklich wolle, und zog erst einmal den Termin für den Kongress auf den 9. August vor. Aufrufe zu konkreten Aktionen, auch in einem internationalen Rahmen, blieben aus. Indessen fielen in den einzelnen Staaten während dieser Tage hinter dem Rücken der TeilnehmerInnen an der Sitzung in Brüssel bereits die Entscheidungen. Dabei kam es auch zu geheimen Kontakten zwischen den jeweiligen Regierungen und kriegsbereiten Parteiführern, die sich von der Unterstützung «ihrer» Seite endlich die staatliche Anerkennung erhofften. Zudem spielte keine Regierung mit offenen Karten, sondern – allen voran die deutsche – manipulierte die Öffentlichkeit mit falschen Angaben, mit dem Zurückhalten wichtiger Informationen oder durch das Streuen von Halbwahrheiten. Mit der Ermordung des französischen Sozialistenführers Jean Jaurès am 31. Juli in Paris durch einen nationalistischen Fanatiker wurde zudem die – nach dem Tode Bebels im Jahr zuvor – wichtigste und autoritativste Persönlichkeit des internationalen Sozialismus ausgeschaltet. Als noch an diesem Tag ein Vertreter der SPD-Reichstagsfraktion in Paris eintraf, wurde ihm bedeutet, dass, würde Frankreich mobilisieren – selbstverständlich nur zur Verteidigung –, die Regierung die Unterstützung der Sozialisten erhalten würde. Diese Information war allerdings für die Haltung der SPD-Reichstagsfraktion nicht ausschlaggebend. Denn bevor sie Berlin erreichte, war am 2. August in der Führung der deutschen Gewerkschaften – aus deren Mitgliedern sich etwa ein Drittel der Reichstagsabgeordneten rekrutierte – und dann am 3. in der Fraktion bereits die Entscheidung zur Befürwortung der Kriegsunterstützung gefallen. Man werde schließlich von Russland angegriffen, hieß es, und übernahm damit bereitwillig die Behauptung der Reichsregierung. Fast alle anderen Parteien folgten, mit wenigen Ausnahmen. Die serbischen sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten gegen den Krieg, ebenso die russischen – zu Beginn geschlossen, bis dann Teile der Menschewiki

ausscherten. Prinzipienfest verhielten sich auch die im Untergrund kämpfenden sozialdemokratischen Parteien der unterdrückten Nationalitäten, wie der jüdische Bund oder die polnische Partei Rosa Luxemburgs. In Italien kämpften die Sozialisten gegen den Kriegseintritt, der Ende Mai 1915 trotz ihrer Ablehnung erfolgte.

Mit dem Versagen ihrer Mitgliedsparteien erwies sich auch die Internationale als unfähig. Der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Büros, Émile Vandervelde, trat in die belgische Regierung ein und gab damit eine eindeutige politische Stellungnahme ab. Der Sekretär des ISB, Camille Huysmans, versuchte, einen neutralen Anspruch aufrechtzuerhalten, indem er das Büro schließlich in die neutralen Niederlande verlegte. Doch er weigerte sich, eine Antikriegshaltung einzunehmen. Seine Politik bestand, wie es die französische Historikerin Madeleine Rebérioux ausdrückte, im «Überwintern»;² entsprechend lehnte er es ab, mit jeweils der einen Kriegseite zugunsten der anderen zu brechen, aber ebenso auch, sich für die Antikriegsminderheiten auszusprechen.

Erste Bemühungen zur Wiederbelebung der Internationale kamen aus dem neutralen Lager bei einem Treffen im September 1914 in Lugano zwischen Delegationen der schweizerischen und der italienischen Partei (Italien war ja noch Monate vom Kriegseintritt entfernt). In den neutralen skandinavischen Ländern gab es ebenfalls erste Kontaktaufnahmen, die durch die Passivität des ISB befördert wurden. Somit blieb die Rekonstruktion der Internationale, welche konkreten Formen man ihr auch geben wollte, ganz allein eine Aufgabe der grundsätzlich gegen den Krieg eingestellten Kräfte. Es kam nun darauf an, sie in Verbindung zu bringen.

Die ersten Impulse für eine internationale Antikriegsbewegung kamen aus Sektoren der Internationale, die eine gewisse organisatorische Eigenständigkeit aufwiesen. So berief die Internationale Sozialistische Frauensekretärin Clara Zetkin eine internationale sozialistische Frauenfriedenskonferenz nach Bern (26.–28.3.1915) ein. Dies war das allererste internationale Treffen sozialistischer Kriegsgegnerinnen und wurde von den kriegführenden Parteien, insbesondere von der SPD, scharf abgelehnt. Es kam aber dennoch eine verhältnismäßig breite Beteiligung zustande: Die wichtigsten kriegführenden Länder waren – neben den neutralen – vertreten. Oftmals allerdings erfolgte die Beschickung informell, aus Sektoren der Parteien, die den Krieg bekämpften, denn ordentliche Konferenzen, die eine formale Delegation ermöglicht hätten, konnten nicht stattfinden. Nicht nur weil die Regierungen das unterbunden hätten, sondern weil eine solche Antikriegsaktion der politischen Haltung der Parteiführungen widersprach und sie deshalb – allen voran die SPD – die Beschickung strikt ablehnten.

Wenige Wochen darauf, vom 5. bis 6. April, trat in Bern eine internationale sozialistische Jugendkonferenz zusammen. Sie allerdings war nicht vom Internationalen

2 Vgl. Droz, Jacques/Kriegel, Annie/Rebérioux, Madeleine: Sozialismus, Zweite Internationale und Erster Weltkrieg, Frankfurt a.M. u. a. 1976, S. 75f.

Sozialistischen Jugendsekretär, dem österreichischen Sozialdemokraten Robert Danenberg, einberufen worden. Insofern fehlte ihr der formelle Anspruch. Sie war von der schweizerischen und der italienischen sozialistischen Jugendorganisation organisiert worden. Dabei spielte ein Deutscher, der seit einiger Zeit in der Schweiz lebte, Willi Münzenberg, eine hervorragende Rolle. Man wählte auch ein neues Sekretariat mit ihm an der Spitze.

Diese Konferenzen waren ganz von der Situation, die die Menschen im Krieg durchmachten, bestimmt. Der Kampf um die Wiederherstellung des Friedens stand im Vordergrund. Die Erwartung dominierte, die Internationale könne einfach wieder hergestellt werden. Es gab jedoch auch schon eine linke Kritik daran, die vor allem von den bolschewistischen Delegierten kam, die in der Schweiz eine große Exilgruppe darstellten. Sie wollten eine klarere politische Ausrichtung: eine Verurteilung der Kriegskreditbewilligung und der Burgfriedenspolitik, den Aufruf zum organisatorischen Bruch mit ihrer Anhängerschaft, den Weg zu einer neuen Internationale, da die alte Verrat geübt habe, und den Kampf für die Revolutionierung der kriegführenden Länder. Sie blieben jedoch angesichts der vorherrschenden pazifistisch ausgerichteten Haltung in der Minderheit. Mühsam musste auf beiden Tagungen verhandelt werden, um einen von allen getragenen Kompromiss zustande zu bringen. Faktisch hatte die Jugendkonferenz auch schon einen ersten organisatorischen Schritt hin zu einem Bruch vollzogen, da sie – außerhalb einer offiziellen Konferenz und gegen den «amtierenden» Jugendsekretär, der allerdings seiner Aufgabe angesichts des Krieges nicht nachkam – ein neues Büro gewählt hatte.

Diese Konferenzen mussten, obwohl sie in einem neutralen Land stattfanden, im Geheimen durchgeführt werden. Erst nach ihrem Abschluss wurden Berichte veröffentlicht, die aber nur sehr allgemein waren. Aus vielen Ländern waren die Delegierten angereist, ohne dass ihre Teilnahme bekannt werden durfte. In den kriegführenden Ländern wurden die Dokumente der Konferenz zumeist verboten oder zumindest unter scharfe Zensur gestellt, woran sich oftmals auch die offiziellen Parteinstanzen beteiligten. Dies geschah etwa in Deutschland, wo der Parteivorstand um Friedrich Ebert energisch gegen Berichte an die Partei vorging und zugleich der Staatsapparat die Verteilung der Kongressdokumente unterband. So wurde zum Beispiel Clara Zetkin der Prozess gemacht. In ihren Memoiren hat eine andere deutsche Teilnehmerin, Toni Sender, auch geschildert, wie die KriegsgegnerInnen in der Frankfurter SPD die heimliche Verteilung der Dokumente der Frauenkonferenz bewerkstelligten.³

Doch diese Konferenzen hatten auch zur Folge, dass sich die politischen Meinungsverschiedenheiten um die Aufgaben im Antikriegskampf nun stärker herauskristallisierten. Es bildeten sich fast parallel, aber in unterschiedlicher Stärke, zwei Strömungen heraus, die man, etwas vereinfacht, wie folgt charakterisieren kann. Zum

3 Vgl. Sender, Toni: Autobiographie einer deutschen Rebellin, Frankfurt a.M. 1981, S. 79f.

einen eine pazifistisch angehauchte, die das Hauptziel der Kriegsopposition in der Herstellung des Friedens sah, dazu das Schwergewicht auf den parlamentarischen Kampf legte und deswegen nicht den Bruch mit den bestehenden sozialdemokratischen Parteien herbeiführen wollte, sondern darauf vertraute, dass sie schließlich von einer Unterstützung ihrer Regierung abgebracht werden könnten.

Dagegen stand eine radikale Linke, die aus dem Versagen der Zweiten Internationale die Notwendigkeit ableitete, eine neue, ganz anders organisierte Internationale zu schaffen. Man könne die alte Sozialdemokratie nicht wiederherstellen, sondern müsse den organisatorischen Bruch mit dem, was von ihr übriggeblieben war, vollziehen. Eine nationale Verteidigung im imperialistischen Zeitalter des Kapitalismus sei nicht vorstellbar. Das Ziel des Antikriegskampfs müsse also der Sturz der Regierungen durch revolutionäre Umwälzungen sein. Dies wurde am schärfsten und in den taktischen Auswirkungen am konsequentesten von den Bolschewiki und den mit ihr verbündeten Kräften artikuliert. Doch ernteten sie dafür auch scharfe Kritik, etwa von Rosa Luxemburg und der deutschen Spartakusgruppe oder von Trotzki, die vor einem unmittelbaren Bruch mit den sozialdemokratischen Massenparteien warnten, wenn sich die Antikriegskräfte noch nicht hinreichend organisiert hätten.

Tatsächlich entwickelten sich in den Diskussionen der Antikriegslinken, die ja vielfach durch staatliche Maßnahmen und die allgemeine Situation des Krieges behindert wurden, zahlreiche taktische Varianten. Es wäre falsch, wollte man aus den ersten Stellungnahmen Ende 1914/Anfang 1915 oder einzelnen Schriften wie Trotzki's «Der Krieg und die Internationale», Rosa Luxemburgs «Junius-Broschüre» oder ähnlichen Schriften Lenins oder anderer Bolschewiki einen geradlinigen Weg nachzeichnen zu den revolutionären Ereignissen in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn und zur Bildung der Kommunistischen Internationale im März 1919. Die Schritte dahin vollzogen sich mühsam und auf einer Reihe von internationalen Konferenzen in den neutralen Ländern.

Aus den Kontakten zwischen der schweizerischen und der italienischen Partei, die zu der Beratung in Lugano geführt hatten, entwickelte sich die Idee zu einer umfassenden internationalen Konferenz der sozialistischen Antikriegskräfte, nachdem es schon zu den Treffen der Frauen und der Jugend gekommen war. Der Anstoß dazu, ohne Rücksicht auf und letztlich gegen das passive Internationale Sozialistische Büro, kam von den italienischen Sozialisten. Da sie nach Lage der Dinge nur in der neutralen Schweiz stattfinden konnte, war es der Schweizer Sozialdemokrat Robert Grimm, der die Tagung mit Billigung, aber ohne offizielle Unterstützung durch seine Partei organisierte. Nach einer Vorbesprechung in Zürich am 11. Juli 1915 mit Angelica Balabanoff und einem weiteren Vertreter von den italienischen Sozialisten, einer Reihe Emigranten aus dem russischen Reich und einem deutschen Kriegsgegner (Julian Borchardt) fand noch ein zusätzliches Treffen vor allem russischer Sozialisten mit Vertretern aus Skandinavien, Deutschland und der Schweiz statt. Nicht zuletzt wollte man klären, wie weit die Konferenz gehen sollte. Doch die Proklamierung

einer neuen Internationale wurde abgelehnt. Der Aufruf zum Kampf um den Frieden sollte im Mittelpunkt stehen.

Die Konferenz selbst fand dann vom 5. bis 8. September unter strenger Geheimhaltung in dem Dorf Zimmerwald bei Bern statt. 38 Delegierte repräsentierten elf Länder und ein breites politisches Spektrum innerhalb der Antikriegslinken. Aus einer Reihe von Ländern waren mehrere Parteien vertreten, die – bei Übereinstimmung der Ablehnung des Krieges und des Festhaltens am Klassenkampf – durchaus unterschiedliche Vorgehensweisen vertraten. Zu den zehn deutschen VertreterInnen gehörten unter anderen Georg Ledebour und Adolph Hoffmann für die Minderheit innerhalb der Reichstagsfraktion. Die Gruppe Internationale (um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bald Spartakusgruppe genannt) war durch Ernst Meyer und Bertha Thalheimer vertreten. Karl Liebknecht selbst hatte, da er bereits zur Armee eingezogen worden war, nicht kommen können und richtete deshalb einen Brief an die Konferenz. Mit Lenin und Sinowjew einerseits sowie Martov und Axelrod andererseits waren jeweils die führenden Persönlichkeiten der Bolschewiki und Menschewiki vertreten (wobei sich in den Reihen der Letzteren allerdings auch eine Strömung unter dem Veteranen der russischen Sozialdemokratie, Georgi Plechanow, formiert hatte, die sich trotz Zarismus zur Vaterlandsverteidigung bekannte). Dazu kamen Trotzki, der zwischen den Strömungen stand und die in Paris erscheinende fraktionsunabhängige Zeitung *Nasche Slowo* vertrat, sowie die VertreterInnen der zahlreichen «nationalen» Gruppen aus dem russischen Reich. Zur italienischen Delegation gehörte Angelica Balabanoff, die schon zuvor maßgeblichen Anteil an den Bemühungen ihrer Partei um die Wiederherstellung der Internationale gehabt hatte. Weitere Vertreter kamen aus Skandinavien, den Niederlanden und den Balkanländern Rumänien und Bulgarien. Die Delegierten der britischen Independent Labour Party mussten ihre Teilnahme absagen, da sie keine Pässe erhalten hatten. Damit zeigten sie aber auch an, dass sie nicht bereit waren, wie der linke Flügel der Konferenz, den Antikriegskampf, wenn nötig, illegal zu führen. Die französische Delegation wies insofern eine Besonderheit auf, da das Land durch zwei Angehörige der syndikalistischen Minderheit innerhalb des französischen Gewerkschaftsbundes CGT (Confédération Generale du Travail) vertreten war. Das war insofern neu, als die Syndikalisten bislang die Zweite Internationale – als Zusammenschluss von (letztlich reformistischen) Politikern – boykottiert hatten. Nun aber gab es im Zeichen des Antikriegskampfs eine Umgruppierung, denn die syndikalistische Minderheit arbeitete in Paris auch eng mit dem russischen sozialdemokratischen Emigrantenkreis um *Nasche Slowo* zusammen. Sowohl Österreich-Ungarn als auch Belgien waren dagegen überhaupt nicht vertreten.

Ein deutliches Zeichen gegen den Krieg und die damit einhergehende nationalistische Verhetzung setzten auf der Konferenz die deutsche und die französische Delegation mit einer gemeinsamen Erklärung. Ihn zu beenden war das zentrale Thema der Diskussionen. Einig war man sich darüber, dass er aus dem kapitalistischen Konkurrenzbestreben entstanden war und es um die imperialistische Neuaufteilung der Welt

ging. Als es um die Methoden des Antikriegskampfes ging, prallten die gegensätzlichen Vorstellungen aufeinander. Die Mehrheit von etwa 20 Delegierten stellte die Forderung nach der Herstellung des Friedens in den Vordergrund. Sie lehnte einen offenen Bruch mit dem «Sozialpatriotismus», der Verteidigung des Burgfriedens und der Unterstützung der kriegführenden Regierungen und somit auch mit dem Internationalen Sozialistischen Büro ab. Dagegen stand eine linke Minderheit, die von den Bolschewiki geführt wurde und zu der etwa sechs bis acht Delegierte tendierten. Sie forderte, die Zweite Internationale für bankrott zu erklären und sich von ihr zu trennen. Gegen den Burgfrieden müsse der revolutionäre Klassenkampf gesetzt werden, der allein den Krieg beenden könne. Dies war der Tenor ihrer Position. Dazwischen stand ein um Vermittlung bemühtes «Zentrum», angeführt von Trotzki und Balabanoff. Sie stimmten in der Denunziation des Burgfriedens und dem Beharren auf einem revolutionären Antikriegskampf mit der Linken überein. Doch verzichteten sie zunächst darauf, den organisatorischen Bruch mit den sozialdemokratischen Massenparteien zu fordern. Von Trotzki stammte auch der Entwurf zum Manifest, das in aufrüttelnden Worten zum Kampf gegen den Krieg aufrief, nachdem Entwürfe des rechten und linken Flügels jeweils von der anderen Seite abgelehnt worden waren.

Um die Arbeit zur Sammlung der Antikriegslinken fortzuführen, bestimmte die Konferenz schließlich noch eine Internationale Sozialistische Kommission (ISK) zur weiteren Koordinierung und zur öffentlichen Bekanntmachung der Zimmerwalder Beschlüsse. Die ISK bestand aus vier Mitgliedern, je zwei aus der Schweiz und aus Italien, darunter Angelica Balabanoff, die die Funktion ihrer Sekretärin übernahm und wesentlich ihre Aktivitäten organisierte. Es begann mit der Herausgabe eines Bulletins, das zunächst die Berichte über den Ablauf und die Dokumente des Kongresses enthielt und damit die Ideen von Zimmerwald in der Öffentlichkeit bekannt machte. In den kriegführenden Ländern allerdings bemühte sich die überall gegenwärtige Zensur, jede Art von Berichterstattung zu unterbinden. Schlimmer noch, auch die Führungen der sozialdemokratischen Parteien beteiligten sich daran, indem sie die Konferenz denunzierten und jede Information darüber zu verhindern suchten.

Doch auch in der Antikriegslinken wurde die Diskussion über die Ergebnisse von Zimmerwald heftig fortgeführt. Es zeigte sich, dass die Konferenz zwar ein Fanal gesetzt hatte, doch die politischen und strategischen Differenzen, die auf ihr zum Ausdruck gekommen waren, verstärkten sich eher noch. Die Zimmerwalder Linke bemühte sich, mit einem eigenen Organ (*Der Vorbote*) als eigenständige Tendenz aufzutreten. Doch konnten davon nur zwei Nummern im Jahr 1916 erscheinen, da auch in ihren Reihen viele programmatische Fragen noch ungeklärt waren und scharfe Meinungsverschiedenheiten aufbrachen. Zudem setzte die Kriegssituation der internationalen Verbreitung dieser Zeitschrift deutliche Grenzen.

Ausdrücklich hatte die Konferenz es vermieden, sich zum Gegenstück des ISB zu proklamieren oder auch nur das Ende der Zweiten Internationale auszurufen. Bis dahin hatte das ISB seine Linie des Überwinterns beibehalten, wonach die Internatio-

nale nur eine Angelegenheit der Friedens- und nicht der Kriegszeit sei. Doch jetzt sah es sich herausgefordert und nahm wieder verstärkt Kontakte auf, zumal die Burgfriedensparteien Zimmerwald als einen Irrweg anprangerten, gegen den man vorgehen müsse.

Dies brachte die ISK bald dazu, eine neue Konferenz zu organisieren. Sie fand ebenfalls in der Nähe von Bern (diesmal in dem Ort Kienthal) und erneut unter strengster Geheimhaltung vom 24. bis 30. April 1916 statt. Ihr Teilnehmerkreis war mit 44 Delegierten etwas größer geworden. Aber auch diesmal konnten nicht alle der ernannten VertreterInnen teilnehmen. Die zahlenmäßig größten Gruppen kamen wieder aus dem russisch-polnischen Exil sowie aus der Schweiz, Italien und Deutschland. Inzwischen hatte sich allerdings auch in den kriegführenden Ländern die Situation verschärft. Die Versorgungslage wurde immer schlechter, Aussichten auf einen schnellen Sieg hegte niemand mehr. Im Gegenteil, am Horizont zeichnete sich die Möglichkeit einer Eskalation durch den Kriegsbeitritt der USA ab. In den sozialdemokratischen Parteien hatten sich die Auseinandersetzungen verschärft, und organisatorische Brüche nahmen immer stärker Gestalt an, allem voran in Deutschland, wo sich Ende März die Reichstagsfraktion der SPD gespalten hatte.

Damit wurden auch die politischen Fragen in Kienthal zugespitzter gestellt. Man konnte jetzt nicht mehr einfach in der Frage der Haltung zum ISB ausweichen. Man einigte sich auf einen Kompromiss, der zwar nicht – wie die Linke es forderte – die Notwendigkeit einer neuen Internationale proklamierte, dessen Gebaren jedoch als Bruch mit den Beschlüssen der Kongresse der Internationale verurteilte. Sollte das ISB eine Plenarsitzung einberufen, dann gehe man nur hin, um dieses Verhalten zu verurteilen. In der Friedensfrage bekräftigte man die Notwendigkeit eines Friedens ohne Kontributionen und Annexionen und forderte den Sturz des Kapitalismus und Imperialismus als Verursacher des Krieges.

Insgesamt gesehen stellte Kienthal also etwas mehr als eine bloße Wiederholung von Zimmerwald dar. Das von der Konferenz ein Jahr zuvor ausgegangene Signal fand nun immer stärkeren Zuspruch, was allerdings auch ein Ausdruck der immer verzweifelter werdenden allgemeinen Situation war. Aber dass es eine politische Alternative zur Burgfriedenspolitik auch auf internationaler Ebene gab, war nun unbestritten, selbst wenn die ISK nur eine Vermittlungsinstanz sein konnte. Daher betonten die nationalen Gruppen – so auch die Spartakusgruppe –, dass in den einzelnen Ländern die Entscheidungen fallen würden. Doch deutliche internationale Verbindungen waren nun geknüpft; eine Alternative zum Nichthandeln des Internationalen Sozialistischen Büros existierte. Und innerhalb der Zimmerwalder Bewegung verstärkte sich allmählich der Einfluss ihres radikalen Flügels, der Zimmerwalder Linken, als konsequentester Antikriegskraft.

In den folgenden Monaten setzte die ISK ihre Arbeit mit ihren schwachen Kräften von Bern aus fort, hauptsächlich durch die Veröffentlichung ihres Bulletins. Zudem fand eine Reihe von erweiterten Beratungen in den folgenden Monaten statt.

Man rief zur Solidarität mit den verfolgten KriegsgegnerInnen auf. Als Ende 1916 die kriegführenden Lager Friedensabsichten proklamierten, aber nur, um der jeweils anderen Seite die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges zuzuschieben, war dies Anlass für einen Aufruf an die Arbeiterschaft in den kriegführenden Ländern, sich gegen ihren Feind im eigenen Land zu erheben. Es gelang allerdings nicht, eine Opposition auf der vom ISB einberufenen Konferenz der Mitgliedsparteien der neutralen Länder in Den Haag zu organisieren. Auf ihr war somit keine der Parteien aus den kriegführenden Ländern vertreten – die dann auch schnell heftig aneinandergeraten wären –, doch politisch repräsentierten sie den rechten, reformistischen Flügel der Zweiten Internationale. Diese blieb somit weiterhin in einem umfassenden Sinn passiv. Sie wartete auf einen Frieden, der nicht das Ergebnis einer internationalen Kriegsoption sein würde, sondern Resultat des Sieges einer Seite.

Doch am 8. März 1917 begann die russische Revolution (nach dem julianischen Kalender am 23. Februar) und stürzte das Zarenregime. Während eine bürgerliche Provisorische Regierung die Macht übernahm, bildeten sich im ganzen Land Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets). Damit schien nun doch die Möglichkeit auf der Tagesordnung zu stehen, einen Frieden von unten zu erkämpfen. Der Petrograder Sowjet rief die internationale Arbeiterbewegung auf, sich zu einer Friedenskonferenz zu versammeln. Sie wurde schließlich in das neutrale Stockholm einberufen. In der Zwischenzeit hatte sich die SPD gespalten. Nach ihrem Ausschluss aus der SPD im Januar 1917 bildete sich im April aus der Opposition die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), der sich allerdings nur ein Teil der radikalen Linken, die Spartakusgruppe, anschloss, während die mit der Zimmerwalder Linken eng verbundenen «Linksradikalen» abseits blieben. In den vielen übrigen sozialdemokratischen Parteien fanden die oppositionellen Minderheiten angesichts der sich verschärfenden Situation ein größeres Echo. Darüber hinaus kam es nun, zweifellos unter dem Eindruck der russischen Ereignisse, zu ersten größeren Streikaktionen.

Auf das letztliche Scheitern der Konferenz der Zweiten Internationale in Stockholm kann in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden. Nach langem Zögern sagten zwar die wichtigsten sozialdemokratischen Parteien aus den Kriegsmächten mit der großen Ausnahme der Belgier zu. Doch weigerten sich die Behörden der Entente-Staaten, Pässe auszustellen, aber illegal einreisen wollten ihre VertreterInnen nicht. So versammelten sich hauptsächlich Delegierte aus den Mittelmächten und aus den neutralen Staaten in der schwedischen Hauptstadt, konnten aber nicht mehr als informelle Beratungen abhalten.

Auch die Internationale Sozialistische Kommission hatte die Idee einer Konferenz in Stockholm aufgegriffen und sich dorthin begeben, nicht zuletzt aufgrund ihrer Nähe zu Russland. Die ursprüngliche Absicht war, vor dem Zusammentreten der «offiziellen» eine eigene Beratung durchzuführen, sodass eine Reihe von Organisationen der Zimmerwalder Bewegung bereits Delegierte nach Stockholm schickte. Dabei war es in den Reihen der Zimmerwalder durchaus umstritten, wie man genau dabei

vorgehen wollte, da die Abgrenzung vom ISB inzwischen immer klarer erfolgte. Doch noch immer gab es genügend Kräfte – wie etwa die USPD –, die in beiden Kreisen präsent war. Als sich das Zustandekommen der «allgemeinen» Konferenz immer weiter hinauszögerte und es fraglich war, ob sie überhaupt noch zusammentreten würde, beschlossen die Delegationen der einzelnen Parteien zusammen mit der ISK, auf jeden Fall in der Stadt mit den sich dort bereits aufhaltenden Delegierten die dritte Zimmerwalder Konferenz einzuberufen. Sie tagte vom 5. bis 12. September mit größeren Pausen, gefolgt von einer eigenen Frauenkonferenz.

Aufgrund des komplizierten Zustandekommens war die Delegiertenzahl diesmal kleiner als noch in Kienthal, obwohl eigentlich die politischen Sympathien für «Zimmerwald» in der europäischen Arbeiterbewegung zugenommen hatten. Einige nach Stockholm entsandte Delegierte hatten jedoch schon vor Beginn wieder zurückkehren müssen, andere stießen erst kurz vor Schluss hinzu, während es in den Entente-Staaten erneut «Passschwierigkeiten» gab. Zahlreiche Länderberichte wurden vorgetragen, doch die zentrale Auseinandersetzung auf der Konferenz drehte sich um die Frage, wie man sich verhalten sollte, falls doch noch die allgemeine Konferenz zusammentreten würde. Hier manifestierten sich klare Fronten zwischen Befürwortung einer Teilnahme und strikter Gegnerschaft. Das drückte sich auch in der Haltung zur Entwicklung in Russland aus. Die Menschewiki befürworteten die Provisorische Regierung, während die Bolschewiki eine Machtübernahme durch die Sowjets forderten. Schließlich verabschiedete man nach intensiven Diskussionen ein Manifest, das die Fortsetzung des Krieges anprangerte und die Sozialisten, die sich daran beispielsweise in den Regierungen beteiligten, verurteilte. Einen Frieden könne nur der Sturz des Kapitalismus garantieren. Die russische Revolution habe ein erstes Signal gesetzt, doch könne sie allein nicht siegen. Im Gegenteil, käme man ihr nicht durch den Kampf um Frieden zur Hilfe, würde sie gestürzt werden. Man konstatierte eine allgemeine Kriegsmüdigkeit, was die Ausgangsbasis für internationale proletarische Massenaktionen günstiger mache.

Weiter wollte die Konferenz mit ihrem Aufruf nicht gehen. Während das für manche, wie etwa die USPD, ausreichte, kritisierten die Bolschewiki, dass ein solch vager Appell sich um die Forderung nach einem bewaffneten Aufstand herumdrücke. Das Manifest selbst wurde erst mit Verzögerung veröffentlicht. Es bereitete große Schwierigkeiten, den Text in die Länder der Entente zu bringen; er musste auswendig gelernt werden, um auszuschließen, dass das Manuskript in die Hände der staatlichen Stellen fiel. Die USPD bat zudem um Aufschiebung der Veröffentlichung, da sie – nach der Niederschlagung einer ersten Matrosenbewegung und von Streiks – fürchtete, von der kaiserlichen Regierung als Hochverräter verfolgt zu werden. Schließlich machten es die Bolschewiki publik. Doch das geschah bereits nach dem Umsturz vom 7. November 1917 in Petrograd und nach der Bildung der Sowjetregierung. Das Manifest als Aufruf zum Massenstreik war damit von der realen politischen Bewegung in den Hintergrund gedrängt worden.

Der Verlauf der Konferenz hatte die inzwischen unüberbrückbaren Differenzen in den Reihen der Zimmerwalder Bewegung deutlich gemacht. Ein Teil hatte sie offensichtlich nur als Zwischenstation gesehen, bis die Zweite Internationale wieder hergestellt sei. Da nun auch die Burgfriedensparteien offiziell einen Friedensschluss anstrebten, sei Zimmerwald überflüssig geworden. Der andere Flügel dagegen, der sich um die Zimmerwalder Linke gruppierte, hatte darin den Ausgangspunkt für die Neuformierung der Arbeiterbewegung gesehen, den ersten Schritt zu einer grundlegend neuen, nur einem revolutionären Ziel verpflichteten Internationale. Sie erhielten nun durch den bolschewistischen Sieg einen gewaltigen Schub.

In dieser Situation zeigte sich die Internationale Sozialistische Kommission hin und her gerissen. Nachdem Stockholm die Nachricht vom Umsturz in Petrograd erreicht hatte, gab es zwar eine allgemeine Solidarisierung mit der russischen Revolution und die Aufrufe, sie zu verteidigen. Es wurden aber auch Forderungen nach einer allumfassenden sozialistischen Regierung laut. Ein enger Kontakt zwischen Stockholm nach Finnland, wo die dortige sozialdemokratische Partei auf der dritten Konferenz ihren offiziellen Beitritt zur Bewegung verkündet hatte, wurde hergestellt. Doch nach dem Sieg der vereinigten deutschen und weißen Kräfte im finnischen Bürgerkrieg im Mai 1918 war die Hoffnung erst einmal vorbei, die Revolution ausweiten zu können.

Anfang September 1918 erschien die letzte Nummer des Nachrichtendienstes der ISK mit Aufrufen gegen die imperialistische Intervention in Russland und zur Solidarität mit den verfolgten Antikriegskräften in der europäischen Arbeiterbewegung. Angelica Balabanoff gelang es, von Schweden aus nach Russland zu reisen und Gespräche mit Lenin zu führen. Anschließend kehrte sie in die Schweiz zurück, wo die Sozialdemokratische Partei davon sprach, eine neue Zimmerwalder Konferenz einzuberufen. In der Zwischenzeit zeichneten sich allerdings schon das Ende des Weltkrieges und damit eine ganz neue politische Situation ab. Zu Beginn des «Landesstreiks», des Generalstreiks Mitte November in der Schweiz, wurde Angelica Balabanoff jedoch mit der gesamten sowjetischen Vertretung im Land ausgewiesen und kehrte über Deutschland, wo sie Eindrücke vom Beginn der Revolution gewann, nach Sowjetrußland zurück. Über Mitteleuropa fegte eine revolutionäre Welle hinweg. Der Erste Weltkrieg war damit beendet, doch in vielen Staaten entbrannten Bürgerkriege.

Die Zimmerwalder Bewegung hatte sich zuvor schon praktisch aufgelöst. Mit Kriegsende war der Grund ihres Daseins entfallen. Während die internationale Sozialdemokratie mit einer Konferenz in Bern im Februar 1919 die Wiederherstellung der Zweiten Internationale in die Wege leitete, wurde im März 1919 in Moskau die Kommunistische Internationale proklamiert, an deren Vorbereitung Angelica Balabanoff einen wichtigen Anteil gehabt hatte und auf der sie in einem Redebeitrag den Bogen von Zimmerwald zu dieser Konferenz spannte. Sie war zuversichtlich, dass die meisten der in der Zimmerwalder Bewegung zusammengeschlossenen Parteien die Gründung der neuen Internationale befürworteten. Wie um das zu unterstreichen, gaben fünf weitere ehemalige Teilnehmer an den Konferenzen in der Schweiz

(Lenin, Sinowjew, Trotzki, Christian Rakowski und Fritz Platten) eine Erklärung ab, in der es hieß: «Die Zimmerwalder und Kienthaler Konferenzen hatten zu der Zeit Bedeutung, wo es wichtig war, alle diejenigen Elemente des Proletariats zu vereinigen, welche bereit waren, in dieser oder jener Form gegen das imperialistische Morden zu protestieren.» Nun aber hätten die pazifistischen und schwankenden Elemente den Weg zu den Sozialpatrioten zurückgefunden, während die kommunistische Bewegung erstarke und den Kampf mit diesen Elementen des «Zentrums» führen müsse. «Die endesunterzeichneten Teilnehmer von Zimmerwald erklären, dass sie die Zimmerwaldorganisation für liquidiert betrachten.»⁴

Rückblickend kann man sagen, dass Zimmerwald auf dem Tiefpunkt der europäischen Arbeiterbewegung und auf dem Höhepunkt des imperialistischen Gemetzels ein Zeichen gesetzt hat und entscheidend zur Sammlung und Entfaltung der Antikriegsbewegung beigetragen hat und damit letztlich auch zu den revolutionären Umstürzen und zum Ende des Krieges.

Wichtige Literatur

Nur wenige Jahre später, nachdem sie sich auch von der kommunistischen Bewegung getrennt hatte, legte Balabanoff eine ausführliche Darstellung der Zimmerwalder Bewegung vor, die nach der Erstveröffentlichung im Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (1926 u. 1928) als Monografie erschien und dann vom Verlag des SDS als Reprint herausgebracht wurde: Angelica Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung 1914–1919, Frankfurt a.M. 1969.

Diese Darstellung ist von Balabanoff ganz «unpersönlich» gehalten. Sie spricht von sich selbst nur in der dritten Person. Ergänzungen mit ihren persönlichen Eindrücken finden sich in ihren Memoiren: Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse, Berlin 1927.

Ein weiterer Teilnehmer der Bewegung (wenn auch nicht der Konferenzen) aus der Schweiz legte später eine Darstellung vor: Jules Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien 1964.

Das Archiv der Internationalen Sozialistischen Kommission, das noch in der Schweiz lagerte und dessen Übergabe an die neue Internationale auf dem Gründungskongress in Moskau gefordert wurde, verblieb allem Anschein nach bei Robert Grimm und ging dann in den 1960er Jahren an das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam über, das auch eine Reihe weiterer Sammlungen erwarb und zudem über viele gedruckte Publikationen aus dem Umfeld der Bewegung verfügt. Auf dieser Grundlage und ergänzt durch zahlreiche weitere westliche Archive

4 Hedeler, Wladislaw/Vatlin, Alexander (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin 2008, S. 153f., 162. In einem einleitenden Essay über «Planung und Gründung der Dritten Internationale» (S. XI–XCVI) geben die Herausgeber auch genauere Informationen über die Beteiligung Balabanoffs an der Vorbereitung der Komintern-Gründung.

wurde dann eine umfangreiche Dokumentation erstellt: Horst Lademacher (Hrsg.): Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Den Haag 1967. Der Herausgeber gibt im Vorwort (S. VII–XX) und in der Einleitung (S. XXI–LXI) eine ausführliche Übersicht über die archivalische Grundlage dieser Dokumentation und umreißt die Geschichte der Zimmerwalder Bewegung wie den Forschungsstand dazu.

Diese Dokumentation kann ergänzt werden durch zwei englischsprachige Sammlungen: Olga Hess Gankin/Harold Henry Fisher (Hrsg.): The Bolsheviks and the World War. The Origin of the Third International, Stanford 1960; John Riddell (Hrsg.): Lenin's Struggle for a Revolutionary International. Documents 1907–1916, the Preparatory Years, New York 1984.

Außerdem finden sich natürlich wichtige Schriften im Zusammenhang mit dieser Bewegung in den Werkausgaben von Rosa Luxemburg und Lenin, wobei die Kommunistische Internationale in den 1920er Jahren bereits einen besonderen Sammelband herausgegeben hatte, in dem die entsprechenden Schriften von Lenin und Sinowjew versammelt waren: N. Lenin/G. Sinowjew: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914–1916, Hamburg 1921.

Sie finden eine Ergänzung durch: G. Sinowjew: Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Wien 1924.

Von Trotzki existiert auf Deutsch die folgende, leider keineswegs vollständige Sammlung: Leo Trotzki: Europa im Krieg, Essen 1998.

Aus der umfangreichen biografischen Literatur zu vielen der an Zimmerwald Beteiligten sei noch auf folgende speziellere Literatur hingewiesen: Ian D. Thatcher: Leon Trotsky and World War One. August 1914 to February 1917, London 2000; Arnold Reisberg: Lenin und die Zimmerwalder Bewegung, Berlin (DDR) 1966. Die zuletzt genannte Darstellung eines österreichischen Kommunisten (der Opfer des stalinistischen Terrors gewesen war) entstand am Institut für Marxismus-Leninismus in Ost-Berlin.

Eine neuere Arbeit zur Zimmerwalder Linken ist: Robert Craig Nation: War on War. Lenin, the Zimmerwald Left, and the Origins of Communist Internationalism, Durham 1989 (Reprint Chicago 2009).

Obwohl die bis heute im Westen erschlossenen Archivbestände eine detaillierte Erforschung der sozialistischen Antikriegsbewegung erlauben, harren noch immer der im ehemaligen KPdSU-Parteiarchiv gesammelte und umfangreiche Bestand zu Zimmerwald einer gründlichen Auswertung: Fonds 340 (zur Zweiten Internationale) Findbuch 3 (Zimmerwalder Bewegung) mit 376 Akteneinheiten.